

Flüchtlingsunterkunft

Fabel: Für Flüchtlinge das leerstehende Stadthaus nutzen

Von Egon Traxler

Auf dem Gelände der ehemaligen Kaserne an der Kempener Allee sollen beheizbare Leichtstoffhallen aufgebaut werden.



Das leerstehende Stadthaus am Konrad-Adenauer-Platz könnte für Flüchtlinge genutzt werden.

Bild: Bischof - Archiv

Auch das weitgehend leer stehende Stadthaus am Konrad-Adenauer-Platz sollte als Flüchtlingsunterkunft in Erwägung gezogen werden, schlägt der ehemalige CDU-Fraktionsvorsitzende Wilfrid Fabel vor. Das Gebäude solle auf seine Eignung überprüft werden, meint Fabel. Dort gebe es eine Kantine, die man sehr gut nutzen könnte.

Gerda Schnell, Bezirksvorsteherin Mitte und frühere Krankenschwester, verweist auf leerstehende frühere Klinikgebäude bei Helios. Die ehemalige Frauen- und die ehemalige Kinderklinik seien auch sanitär bestens geeignet für eine menschenwürdige Unterkunft. Auch dieser Vorschlag wird inzwischen geprüft. Man sei mit der Stadt im Gespräch, heißt es von Seiten des Klinikums und stehe dem Vorschlag wohlwollend gegenüber.

Unterdessen läuft die Ausschreibung für die Verpflegung der künftig rund 1000 Asylsuchenden in der Notunterkunft des Landes in der früheren englischen Kaserne an der Kempener Allee. Allerdings wird der Zeitpunkt der Ankunft der ersten Bewohner mit zwischen Mitte und Ende Oktober angegeben. Seit der diesbezüglichen Ankündigung durch den Innenminister Anfang August sind dann rund drei Monate vergangen. Mit der Organisation und Umsetzung beauftragt ist die Bezirksregierung in Düsseldorf.

Diese nahm für die Bezirksvertretung (BZV) Nord erstmals ausführlich Stellung. Für die zeitweiligen Neubürger werden Unterkünfte aus wetterfesten Leichtbauhallen aufgebaut. Diese bieten mehr Privatsphäre für die Bewohner, haben einen festen Boden und sind beheizbar und winterfest. Die Landtagsabgeordnete Ina Spanier-Oppermann (SPD), die bei der BZV-Sitzung dabei ist, erklärt: „Es kommen vorwiegend Menschen aus Syrien, Irak, Eritrea, Somalia und aus den Westbalkanländern. Falls nötig, sind die Unterkünfte auch klimatisiert.“

Die Zahl der dort untergebrachten Menschen wird auf die Zahl derer angerechnet, die Krefeld nach dem „Königsteiner Schlüssel“ aufnehmen muss. Dort werden Einwohnerzahl und Steueraufkommen

einer Stadt oder Gemeinde berücksichtigt. Alle entstehenden Kosten für die Notunterkunft, „soweit notwendig und angemessen“, werden vom Land übernommen. Die Stadtkasse bleibt außen vor.

Ein Düsseldorfer Unternehmen soll die Sicherheit gewährleisten

Für die Versorgung mit Strom und Wasser sind die Stadtwerke zuständig, die auch über die Zahl der Menschen im Bilde sind. Für die Entwässerung kann ein auf dem Gelände befindlicher Kanal genutzt werden, der auch ausreichend dimensioniert ist. Die Sicherheit soll ein von Düsseldorf beauftragtes Unternehmen gewährleisten. In den „Standards für die Unterbringungseinrichtungen des Landes“, an denen sich auch die Notunterkünfte orientieren sollen, ist festgeschrieben, dass das Hausrecht für die gesamte Liegenschaft beim Land NRW verbleibt. Für die Sicherheit außerhalb des Objekts werde die Polizei verstärkt Streife im Umkreis fahren, kündigt Spanier-Oppermann an.

Für „dringend erforderlich“ hält Nord-Bezirksvorsteherin Gisela Klaer das Gespräch mit den Anwohnern an der Kempener Allee. Das solle nach dem geplanten Ortstermin der Düsseldorfer Behörde mit den anliegenden Bezirksvertretungen Nord und West sowie mit den Bürgervereinen Inrath, Nordwest und Kempener Feld vordringlich organisiert werden. Für das große öffentliche Interesse müssten umgehend passende Räume, wie etwa die Aula des Schulzentrum Horkesgath, gesucht werden.